



BAYERISCHER LANDTAG
VIZEPRÄSIDENTIN
INGE AURES, MdL

MdL Inge Aures Kronacher Str. 1 95326 Kulmbach

Kulmbach, 26. Jan. 2018

Pressemitteilung

Schwimmbadsanierungen unbedingt vorziehen

Landtagsvizepräsidentin Inge Aures an Finanzminister Söder:
Sonderförderprogramm für marode Freibäder jetzt auflegen

Dass es bei den bayerischen Schwimmbädern noch einen erheblichen Sanierungsbedarf gibt, macht Landtagsvizepräsidentin Inge Aures in einem Schreiben an Bayerns Finanzminister Markus Söder noch einmal deutlich.

Insgesamt drohe bayernweit 54 Bädern die Schließung, 299 sind teilweise dringend sanierungsbedürftig. Im Regierungsbezirk Oberfranken sind 35 Schwimmbäder sanierungsbedürftig bzw. dringend sanierungsbedürftig, vier Bädern drohe die Schließung.

Aures verwies in ihrem Schreiben auf ein Treffen der kommunalen Spitzenverbände und des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses mit dem Finanzminister vom Oktober 2017, wonach die Städte und Gemeinden im Freistaat voraussichtlich ab 2019 mehr staatliche Zuwendungen für die Sanierung ihrer Freibäder erhalten sollen.

„Allerdings, und das höre ich immer häufiger, verschlechtert sich die Situation vieler kommunaler Freibäder dermaßen schnell, dass eine

Maximilianeum
81627 München

Abgeordnetenbüro
Kronacher Str. 1
Eingang Gasfabrikgäßchen
95326 Kulmbach

Tel. 09221 8274531
Fax 09221 8274533
e-mail: post@inge-aures.de

Sekretariat
Elfriede Schmidt
Tel. 09221 8274532
e-mail: sekretariat-mdl@inge-aures.de

Unterstützung ab dem Jahr 2019 für viele Städte und Gemeinden mit einem sanierungsbedürftigen Freibad wohl zu spät kommt“, so Aures an Söder.

Angesichts der dramatischen Situation müsse die Staatsregierung bereits jetzt aktiv werden und die Zuschüsse für die Schwimmbadsanierungen erhöhen bzw. gleich ein Sonderförderprogramm für marode Freibäder auflegen. „Das ist aus meiner Sicht der einzig gangbare Weg, um den Sanierungsstau bei den kommunalen Bädern effektiv und zeitnah zu beseitigen“, betont die Landtagsvizepräsidentin.

Ein Sanierungsbeginn erst ab 2019 würde wohl dazu führen, dass viele Städte und Gemeinden ihre Bäder vorher schließen müssten. MdL Inge Aures bittet den Staatsminister, sich für eine schnellere Lösung der Angelegenheit einzusetzen.

In seiner Antwort betont Finanzstaatssekretär Füracker, dass die kommunalen Spitzenverbände mit dem Finanzminister vereinbart hätten, eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus dem Finanz- und dem Innenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden einzusetzen, die bis zum Doppelhaushalt 2019/2020 die Möglichkeiten für eine Schwimmbadförderung umfassend prüfen werde. Die Arbeitsgruppe habe bereits die Arbeit aufgenommen und werde die Anregungen von Inge Aures mit in die Prüfung einbeziehen, so der Staatssekretär.

Freundliche Grüße

Inge Aures, MdL